



Parteien zur Bundestagswahl – ihre Vorstellungen zur Zukunft der beruflichen Bildung

BWP befragte die im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen

SPD

JÖRG TAUSS, MdB
SPD-Bundestagsfraktion
Bildungs- und forschungspolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

**CDU/CSU**

DR.-ING. RAINER JORK, MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Sprecher der Bundestagsfraktion für
berufliche Bildung

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

DR. REINHARD LOSKE, MdB
Bündnis 90/Die Grünen-Bundestagsfraktion
Bildungspolitischer Sprecher der
Bundestagsfraktion

**FDP**

ULRIKE FLACH, MdB
FDP-Bundestagsfraktion
Vorsitzende des Bundestagsausschusses
für Bildung, Forschung und Technikfolgen-
abschätzung

**PDS**

MARITTA BÖTTCHER, MdB
PDS-Bundestagsfraktion
Bildungs- und hochschulpolitische Sprecherin
der PDS-Bundestagsfraktion



NACH DEM BEKANNTWERDEN DER PISA-STUDIE SIND FRAGEN DER BILDUNG ZU EINEM TOP-THEMA IN DER POLITISCHEN DEBATTE IN DEUTSCHLAND GEWORDEN. DEUTLICH WIRD: DIE PARTEIEN SIND SICH EINIG, DASS EINE ZUKUNFTSFÄHIGE BERUFS-AUSBILDUNG UND LEBENSBEGLIEDENDES WEITER-LERNEN EINE ENTSCHEIDENDE VORAUSSETZUNG FÜR DIE BERUFLICHE UND PERSÖNLICHE ENTWICK-LUNG JEDES INDIVIDUUMS SOWIE FÜR DIE ENTWICK-LUNG DES WIRTSCHAFTSSTANDORTS DEUTSCH-LAND SIND.

WELCHE SCHWERPUNKTE UND AKZENTUIERUNGEN GESETZT WERDEN SOLLEN – DABEI GIBT ES ERWAR-TUNGSGEMÄSS DIFFERENZIERUNGEN ZWISCHEN DEN INDIVIDUUMEN PARTEIEN.

DIE BWP HAT IM VORFELD DER BUNDESTAGSWAHL DIE IM BUNDESTAG VERTRETERENEN PARTEIEN NACH IHREN VORSTELLUNGEN ZUR KÜNFSTIGEN POLITIK IN DER BERUFLICHEN AUS- UND WEITERBILDUNG BEFRAGT.



BWP: DIE BUNDESREGIERUNG UND DIE SOZIALPARTNER, ALSO GEWERKSCHAFTEN UND ARBEITGEBERVERBÄNDE, HABEN SICH IM BÜNDNIS FÜR ARBEIT, AUSBILDUNG UND WETTBEWERBSFÄHIGKEIT AUF EINE MITTELFRISTIGE STRUKTURELLE WEITERENTWICKLUNG DER DUALEN BERUFSAUSBILDUNG VERSTÄNDIGT. WO SIEHT IHRE BUNDESTAGSFRAKTION DIE HAUPTSÄCHLICHEN STÄRKEN UND SCHWÄCHEN IM DEUTSCHEN SYSTEM DER BERUFLICHEN AUS- UND WEITERBILDUNG?

Die berufliche Weiterbildung wird in Deutschland wesentlich von Angebot und Nachfrage bestimmt. Der damit verbundene Wettbewerb ist ein wesentlicher Qualitätsgarant. In Zukunft sind aber für die Qualitätssicherung in der Weiterbildung und die Transparenz der Maßnahmen verstärkte Anstrengungen erforderlich. Hier sind die Sozialpartner als maßgebliche Akteure in der Pflicht, müssen aber auch durch die zuständigen staatlichen Stellen, zum Beispiel durch geregelte Weiterbildung, stärker unterstützt werden. Außerdem fehlt es derzeit noch an ausreichenden Möglichkeiten, nicht formal bzw. informell erworbenes Wissen in geeigneter Weise anzuerkennen.

SPD

Die Berufsausbildung findet überwiegend im dualen System statt. Der große Vorteil dieser Ausbildung besteht darin, dass hier berufliches Fachwissen und die für die spätere Beschäftigung erforderlichen fachübergreifenden Schlüsselkompetenzen sowie erste berufliche Erfahrungen nach bundesweit einheitlichen Ausbildungsordnungen vermittelt werden. Die Berufsschule sorgt dabei für die notwendigen theoretischen Vertiefungen. Diese praxisnahe Ausbildung orientiert sich am Bedarf des Beschäftigungssystems und sichert so einen direkten Übergang von Ausbildung in Beschäftigung. Dadurch haben wir in Deutschland anders als in vielen anderen Ländern eine niedrige Jugendarbeitslosigkeit verglichen mit der allgemeinen Arbeitslosigkeit. Das wird auch dadurch unterstützt, dass die Ausbildung jedem Jugendlichen offen steht und formal an keinen Schulabschluss gebunden ist.

Die Neuordnung von Ausbildungsberufen und die Schaffung neuer Ausbildungsberufe erfolgt unter maßgeblicher Beteiligung der Sozialpartner. Die Verständigung über die Eckwerte braucht einen gewissen Vorlauf. Die Entwicklungszeiten sind in den letzten Jahren auch aufgrund des entsprechenden Beschlusses im Bündnis für Arbeit immer kürzer geworden. Heute kann man im Schnitt auch bei ganz neuen Berufen z. T. von weniger als zwölf Monaten ausgehen. Das ist kaum noch zu beschleunigen, ohne die Qualität, die uns das Wichtigste bleiben muss, zu gefährden.

Wegen der grundsätzlichen Vorteile sollten wir an diesem System der Berufsausbildung festhalten, es aber auch ständig einer kritischen Prüfung unterziehen. Dabei denken wir an Fragen der Qualitätssicherung, der Anschlussfähigkeit von Berufsvorbereitung und Nachqualifizierung zur Verbesserung der Integration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit besonderem Förderbedarf, der strukturellen Gestaltung von Ausbildungsordnungen und Prüfungen sowie der Verbesserung der Zusammenarbeit von Berufsschule und Betrieb.

Im Kontext lebenslangen Lernens gewinnt die Weiterbildung zunehmend an Bedeutung. Das erfordert zum einen die stärkere Verzahnung von Aus- und Weiterbildung. Hier gibt es bereits zahlreiche Ansätze aus beiden Richtungen.

CDU/CSU

Die Hauptstärke der dualen Berufsbildung in Deutschland liegt darin, jungen Menschen ihren Interessen entsprechend eine zur Berufsfähigkeit führenden Ausbildung anzubieten, bei der Praxisnähe, hohes und aktuelles Niveau und die direkte Chance, anschließend einen Arbeitsplatz zu finden, miteinander verbunden sind. Dabei findet jeder Einzelne seine Möglichkeit zu Erfolgserlebnissen und ständiger Selbstoptimierung. Die direkte Verbindung von Lernen und Arbeiten, die Weiterbildungsangebote sind weltweit anerkannt.

Durch die direkte Abhängigkeit des Lehrstellenangebotes von Wirtschaft und Konjunktur ergeben sich, wie in den neuen Bundesländern schmerzlich zu sehen, über Orte und Zeiten Chancengleichheiten, die berücksichtigt, zeitlich begrenzt und staatlich geglättet werden müssen. In Relation zum staatlich finanzierten Studium gibt es erhebliche Diskrepanzen. Ich finde es z. B. absurd, dass ein junger Facharbeiter, der sich früh für einen Beruf entschieden hat und dann Steuern zahlt, einen studierenden Abiturienten mitfinanziert, der sich noch nicht recht über seine beruflichen Zielstellungen klar ist, Studium schnuppert, abbricht oder wechselt wird und dann eventuell mit 28 oder 29 Jahren für die Arbeitswelt zu Verfügung steht, möglichst noch für eine Beamtenlaufbahn. Als einer, der über den zweiten Bildungsweg von der realen betrieblichen Berufsausbildung herkommt, weiß ich, wovon ich rede.

Die berufliche Weiterbildung fordert von jungen Selbstständigen mit Familie besondere Opfer und sollte daher mehr gefördert und geachtet werden. Schließlich entstehen genau dort die neuen Lehrstellen, die wir brauchen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die besondere Stärke des deutschen Systems der dualen Ausbildung liegt in der Verzahnung von Theorie und Praxis. Auszubildende lernen bereits von Anfang an die betriebliche Realität kennen, können ihr theoretisch erworbenes Wissen zeitnah anwenden und können nach Abschluss der Ausbildung direkt in den Arbeitsprozess integriert werden. All dies führte bisher zu einer verein-

fachten Übernahme in den Arbeitsmarkt und verhindert Frictionen zwischen Abschluss der Ausbildung und Start ins Berufsleben.

Ein weiterer Vorteil der dualen Ausbildung ist ihre privatwirtschaftliche Teilfinanzierung und die Ausbildungsvergütung für die Auszubildenden. Eine vollständige Abkehr von diesem System würde die Frage nach der Finanzierung der Ausbildung verschärfen aufwerfen.

Die Schwächen des deutschen Systems liegen in einer hohen Spezialisierung der einzelnen Ausbildungsverordnungen und damit der erworbenen Fähigkeiten, die nicht immer ausreichend schnellen Modernisierung bzw. Anpassung der Ausbildungsverordnungen und der bisher noch nicht ausreichenden Verzahnung zwischen Erstausbildung und Weiterbildung. Hier müssen die Reformen ansetzen.

Darüber hinaus ist das deutsche System der dualen Ausbildung stark konjunkturabhängig. Dies lässt sich nur bedingt ändern. Da die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen Umfragen zufolge aber höher ist, als das tatsächliche Angebot an Ausbildungsplätzen, muss verstärkt auf die öffentlichen Hilfen bei der Einrichtung von Ausbildungsplätzen sowie auf die Lehrgänge zur Erlangung der Ausbildungserziehung und weitere staatliche Fördermaßnahmen aufmerksam gemacht werden. Außerdem ist es sinnvoll, die bereits vorhandenen Ausbildungsverbünde weiter auszubauen.

Dort, wo von privater Seite nicht genügend Ausbildungsplätze bereitgestellt werden, muss der Staat einspringen und weiterhin außerbetriebliche Ausbildungsplätze anbieten.

FDP

Das duale System mit Berufsschulausbildung und praktische Lehrzeit in Betrieben besitzt national und international einen hohen Stellenwert. Dennoch gibt es alarmierende Signale. Fast 20 % der Jugendlichen eines Altersjahrganges sind nach dem Besuch der allgemein bildenden Schule nicht berufsaufbildungsfähig. 10-14 % der Jugendlichen eines Altersjahrganges bleiben trotz aller Fördermaßnahmen ohne Berufsausbildung. Unter ausländischen Jugendlichen ist die Abbrecherquote erschütternd hoch. Eine starre Berufsausbildung entspricht nicht mehr den dynamischen Entwicklungen der heutigen Arbeitswelt. Grundlagenwissen, spezielles Fachwissen und lebenslange Weiterbildung müssen miteinander verzahnt werden. Fremdsprachenkenntnisse müssen an Bedeutung gewinnen. Jugendliche mit schlechten Startchancen, Ausbildungsberufwechsler und Ausbildungsabbrecher haben in unserem System bisher zu wenig Möglichkeiten, sich dennoch erfolgreich ins Berufsleben einzugliedern.

PDS

Für eine übersichtliche Antwort mache ich mir eine entscheidende Schwäche der beruflichen Aus- und Weiterbildung zu Nutze, nämlich ihre ungenügende Verzahnung. Die

Vorzüge unseres Systems der beruflichen Ausbildung liegen vor allem in seinem überwiegend dualen Charakter. Die Anbindung der Auszubildenden an einen Betrieb ermöglicht zumindest potenziell einen besseren Übergang in eine Beschäftigung als das bei schulischen Ausbildungen der Fall ist. Durch ihre Beteiligung an der Erwirtschaftung des Betriebsergebnisses erhalten die Jugendlichen eine Ausbildungsvergütung, die diesen Bildungsweg attraktiv macht. Diese Vorzüge des dualen Systems sind in anderen Bereichen der beruflichen Ausbildung nicht gegeben. Die hauptsächliche Schwäche der Berufsausbildung in Deutschland zeigt sich darin, dass Jahr für Jahr ein erheblicher Teil der Jugendlichen keinen, geschweige denn einen Ausbildungsplatz findet, der seinen Wünschen entspricht. Diese Hauptschwäche, zu der auch die Probleme des Übergangs von einer erfolgreichen Ausbildung in das Erwerbsleben zählen, ist eng mit der „Kehrseite“ des dualen Systems verbunden: die Abhängigkeit der Ausbildung von konjunkturellen Entwicklungen und betriebswirtschaftlichen Entscheidungen, Qualitätsmängel, die durch die Knappheit von Ausbildungsstellen begünstigt werden, Widersprüche zwischen einer vom Betrieb vorgegebenen Spezialisierung und den Flexibilitätsanforderungen im beruflichen Leben sowie die Nachrangigkeit der Berufsschulen.

Die berufliche Weiterbildung funktioniert dort, wo das Unternehmen ein unmittelbares Interesse an der Weiterbildung seiner Mitarbeiter/-innen hat. Demgegenüber stößt das vom Arbeitnehmer ausgehende Interesse an beruflicher Weiterbildung auf erhebliche Hindernisse. Bereits die vom Unternehmen initiierte Weiterbildung ist oft so angelegt, dass sie kaum etwas zur Mobilität, Flexibilität und breit entwickelter Berufsfähigkeit des Arbeitnehmers beiträgt. Hinzu kommt die bekannte lange Liste der Defizite hinsichtlich Information, Beratung, Zertifizierung, Vergleichbarkeit und Gleichwertigkeit von Abschlüssen, Qualitätssicherung usw. Qualitätsprobleme wiederum hängen eng mit den unzureichenden Arbeits- und Lebensbedingungen der überwiegend auf Honorarbasis tätigen Lehrkräfte zusammen.

In den letzten Jahren ist die Finanzierung der beruflichen Weiterbildung immer mehr auf die Arbeitnehmer abgewälzt worden. Freistellungen für eigeninitiierte Weiterbildung sind kaum möglich; soweit sie in Landesgesetzen in einem geringen Umfang geregelt sind, werden sie aus nachvollziehbaren Gründen so gut wie nicht genutzt.

Das kürzlich novellierte AFBG ermöglicht zwar eine etwas breitere Nutzung als bisher, schließt nach wie vor aber viele Weiterbildungswillige von der Fortbildung aus.

Die Schwächen des beruflichen Weiterbildungssystems tragen dazu bei, dass vor allem denen die Beteiligung an der beruflichen Weiterbildung erschwert wird, die darauf besonders angewiesen sind: Erwerbslose, ältere Menschen, Migranten/-innen und Frauen. Schließlich ist die berufliche Aus- und Weiterbildung insgesamt nach wie vor ungenügend mit den akademischen Bildungsgängen verzahnt.

BWP: DIE ERGEBNISSE DER INTERNATIONALEN PISA-UNTERSUCHUNG DER OECD HABEN IN DEUTSCHLAND DIE DISKUSSION ZUR QUALITÄTSSICHERUNG UND ÜBER BILDUNGSCHANCEN BELEBT. SIND SIE DER AUFFASSUNG, DASS WIR EINE „BERUFSBILDUNG-PISA“ BRAUCHEN, UM ZU SEHEN, WIE DIE QUALITÄT UNSERES BERUFSBILDUNGSSYSTEMS IM INTERNATIONALEN VERGLEICH ZU BEWERTEN IST?

SPD

Einem internationalen Vergleich der beruflichen Bildung stehe ich sehr aufgeschlossen gegenüber. Jedoch ist die Untersuchungsmethode der PISA-Studie nicht auf die Berufsbildung übertragbar. Bei der Vielfalt allein der europäischen Berufsbildungssysteme gibt es kein einheitliches Vergleichsalter. Auch ist das Hauptziel der dualen Berufsausbildung – die Befähigung zur beruflichen Handlungskompetenz am Ende der Ausbildung – kaum während der Ausbildung abzufragen. Deshalb sollte ein internationaler Vergleich nach der Abschlussprüfung ansetzen.

Es ist allgemein bekannt, dass die Qualität der deutschen Berufsausbildung im Ausland geschätzt wird. Zwei Drittel aller Erwerbstätigen in Deutschland haben im Verlauf ihres Bildungsweges irgendwann einmal eine Berufsausbildung im dualen System absolviert. Die internationale Anerkennung spricht eindeutig für die duale Ausbildung. In einer früheren OECD-Untersuchung wurde hinsichtlich der dualen Berufsausbildung von dem größten Standortvorteil, den die deutsche Industrie hat, gesprochen. Dennoch sollten wir uns internationalen Vergleichen stellen und auch die berufliche Bildung stärker internationalisieren. Bei der Ausgabe des Europass-Berufsbildung, der seit dem 01.01.2000 ein sehr gutes Beispiel dafür ist, liegt Deutschland mit großem Vorsprung an der Spitze der beteiligten europäischen Staaten. Der Europass-Berufsbildung bescheinigt die in Auslandsaufenthalten erworbenen Qualifikationen und sorgt damit europaweit für eine größere Transparenz.

CDU/CSU

Nein. Das würde zum einen voraussetzen, dass es international überall den vergleichbaren Facharbeiter oder Meister gibt, was nicht der Fall ist. Zum anderen ist der überall messbare Qualitätsmaßstab durch Nachfrage und Brauchbarkeit am Arbeitsplatz gegeben. Ein schlechterer Facharbeiter merkt das eben viel schneller und viel schmerzlicher als ein schlechterer Beamter. Er hat also Optimierungskriterien, die andere nicht so haben, mögen oder scheuen.

Wie wir immer wieder bei den in jeder Wahlperiode seit 1990 durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion durchgeführten Anhörungen zur Situation der beruflichen Bildung

mit allen Partnern der beruflichen Bildung hören mussten, ergibt sich ein Kernproblem bei der Einstellung von Lehrlingen in Betrieben durch mangelhafte schulische Vorkenntnisse und Motivation. Dies führt vielfach zur Ablehnung von Bewerbern. Produzierende und eigenverantwortliche Betriebe müssen eben eine hohe Ausgangsqualität



liefern. Alle Faktoren des Produktveredlungsprozesses haben Einfluss auf diese für die Nutzer wesentliche Qualität und die Effektivität des Betriebes, also letztlich der Erfolgsschancen (s. a. meinen Beitrag zu den Zukunftschancen des dualen Systems in „Wirtschaft und Berufserziehung“ 4/1998, Seite 16).

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die internationale Schülervergleichsstudie PISA hat viel Bewegung in die deutsche Bildungsdiskussion gebracht. Neben einer Vielzahl an rhetorischen Luftblasen hat dies auch zu guten Reformvorschlägen und -ansätzen geführt. Aus dieser Perspektive ist eine Berufsbildungs-PISA zu begrüßen.

FDP

Nein. Wir müssen nicht erst auf einen internationalen Vergleich warten, um unser Berufsbildungssystem zu überprüfen. Die FDP-Fraktion hat bereits 2001 einen nationalen Bildungsbericht gefordert, der auch Daten über das Berufsbildungssystem enthalten soll. Dieser Bericht muss von einem unabhängigen Institut oder einer Arbeitsgruppe der BLK erarbeitet werden. Hier müssen die Länder in Zusammenarbeit mit dem Bund einheitliche Daten erheben. Zudem gibt es bereits den Berufsbildungsbericht, den die Bundesregierung jährlich herausgibt.

PDS

Eine zuverlässige internationale Standortbestimmung unseres Berufsbildungssystems würde ich sehr begrüßen. Angesichts der beträchtlichen Unterschiede in den Berufsbildungssystemen der Länder stelle ich mir die Erarbeitung

einer solchen Studie allerdings wesentlich komplizierter als die Schul-Studie vor. Eine solche Studie macht wenig Sinn, wenn sie nur eine Momentaufnahme zu einem bestimmten Stadium der beruflichen Ausbildung wiedergibt. Es müssen Tatbestände ermittelt werden, die sich auf das ganze berufliche Leben erstrecken.

Ein solcher Vergleich wäre auch wichtig, um die derzeitigen Ungereimtheiten in der Bewertung der nationalen beruflichen Bildungswege und Bildungsabschlüsse durch die EU, die vorrangig zulasten der dualen Ausbildungssysteme gehen, durch objektive Bewertungen zu ersetzen.

BWP: WELCHE SCHWERPUNKTE EINER NOVELLIERUNG DES BERUFSBILDUNGSGESETZES SIND IN DER NÄCHSTEN LEGISLATURPERIODE DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES AUS SICHT IHRER FRAKTION WÜNSCHENSWERT?

SPD

Grundsätzlich befürworten wir eine grundlegende Überprüfung und Reform des BBiG, welches in den Grundzügen noch von 1969 ist. Eine solche Gesetzesnovellierung sollte allerdings Bestandteil der Bemühungen sein, unser berufliches Bildungswesen zukunftsfähig zu machen. Den Blick hierbei lediglich auf eine Gesetzesänderung zu verengen, halte ich für zu kurz gesprungen. Erfolgreich werden wir nur sein, wenn wir eine solche Novellierung in eine Gesamtstrategie einbinden, die auch Anstrengungen und Maßnahmen aller Beteiligten unterhalb und neben der gesetzlichen Ebene erfordert. Deshalb sollten alle Aspekte, nicht nur die unter der ersten Frage von mir genannten, einer Prüfung unterzogen werden. Dazu gehören auch die internationale Öffnung der Berufsbildung und die Terminologie des BBiG.

CDU/CSU

Maßstab für eine neuen oder novellierte Gesetz muss die Praxis sein. Das akute praktische Hauptproblem sehen wir in den unerträglichen regionalen Unterschieden beim Lehrstellenangebot. Das betrifft primär die neuen Bundesländer und schlägt natürlich auch auf die Jugendarbeitslosigkeit sowie eine relative Vergreisung befördernde Abwanderung kreativer und mobiler junger Leute durch. Bitte einmal konkret: Die durchschnittliche Jugendarbeitslosigkeit für Jugendliche unter 25 Jahre West liegt bei 8,4 %, im Osten dagegen bei 16,6 %. Während im Westen ca. 4 % der Lehrlinge in einer außerbetrieblichen Einrichtung ausgebildet werden, sind es im Osten 25 %, also etwa das Sechsfache.

Es ist absurd, aus diesen wirtschaftlich schlimmen Missständen für junge Leute im Lehrstellenangebot das Versagen des Bildungssystems abzuleiten und den existenziellen Zusammenhang zur ortsansässigen Wirtschaft, vor allem dem Handwerk und dem Mittelstand, zu ignorieren. Das betrifft vor allem die Eigenkapitalquote, also die begrenzte materielle Flexibilität, auch Flautenzeiten und bei Zahlungsverweigerungen oder -verzögerungen. Hier gehen Appelle oft direkt in die Luft und verpuffen, weil es für sie gar keine Empfänger gibt. Gefragt ist ein problembezogenes überministerielles Denken und Handeln, nicht jetzt eine neue formalgesetzliche Regelung, z. B. über die Mitbestimmung in außerbetrieblichen Bildungseinrichtungen allein, wenn nicht ganzheitlich – wie in einem entsprechenden CDU-Antrag vorgelegt – agiert wird.

Im Übrigen sollte die berufsschulische Leistung deutlicher gewürdigt und eine Modularisierung der Berufsbildung unter definierten Bedingungen gewagt werden (s. a. Beitrag in BWP 4/2000, Seite 11). Auch hier darf Pro und Contra erst zur Diskussion freigegeben werden, nachdem sich alle einig sind, was man denn darunter versteht.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Ausweitung des Geltungsbereichs – wo sie verfassungsrechtlich möglich ist – da einige Ausbildungsgänge bisher noch gar nicht vom BBiG geregelt werden. Dazu gehören insbesondere die vollzeitschulische Ausbildung, außerbetriebliche Ausbildungen, berufsvorbereitende Maßnahmen und Ausbildungsgänge für den Bereich des Gesundheitswesens.
- Verankerung eines individuellen Rechtsanspruchs auf Ausbildung
- Integration Behindeter in die allgemeine berufliche Bildung
- Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen unter Einbeziehung der Arbeitgeber und der Auszubildenden bzw. Arbeitnehmer
- Fortentwicklung und Reform des Prüfungswesens bei einer stärkeren Orientierung hin zu prozessbegleitenden Prüfungen und einer stärkeren Gewichtung der berufsschulischen Leistungen
- Klare Regelungen bei der Anrechnung von Berufsschulzeiten auf die Ausbildungszeit

FDP

Die FDP fordert ein Berufsbildungsangebot, das auf neue Berufsbilder mit neuen Profilen und flexiblen Ausbildungszeiten reagiert. Zudem treten wir für eine Verknüpfung von allgemein bildenden Schulabschlüssen und Fachausbildungen ein. Mit unserem modularen Ausbildungssystem und dem europäischen Ausbildungspass stehen für uns bei einer Novellierung folgende Überlegungen im Mittelpunkt:

- bessere Berücksichtigung der Belange von Jugendlichen mit schlechten Startchancen. Die in einigen Berufen schon erfolgreich eingeführte Stufenausbildung (z. B. Maler/Lackierer) ist ein guter Anfang. Die Prüfungsaufgabenstellung ist zu reformieren. Der Kostenaufwand für die Betriebe bei Prüfungen ist auf ein Minimum zu begrenzen.
- Es sollen Möglichkeiten geschaffen werden, allgemein bildende Schulabschlüsse mit Fachausbildungen zu verknüpfen. Vorbilder gibt es im privaten Bildungsbereich. Abschlussprüfungen in der Berufsausbildung müssen in der Wertigkeit allgemein bildenden Abschlüssen gleichgestellt werden.



PDS

Eine Novellierung des BBiG muss darauf gerichtet sein, die Berufsausbildung von konjunkturellen Schwankungen und betriebswirtschaftlichen Erwägungen zu entkoppeln und den individuellen Rechtsanspruch auf eine qualifizierte berufliche Ausbildung zum Ausgangspunkt aller Bestimmungen zu machen. Daraus ergibt sich folgender Veränderungsbedarf:

- Einbeziehung aller Ausbildungsgänge in das BBiG; unter Berücksichtigung der föderalen Kompetenzverteilung und der vielfältigen Trägerlandschaft könnte dies mit unterschiedlicher Regelungstiefe erfolgen;
- überprüfbare Mindeststandards für die Qualitätssicherung sowohl für die Ausbildungsordnungen als auch für die Ausbildungsbetriebe;
- Aufnahme der Berufsschule als gleichberechtigten Partner der Ausbildung in das BBiG;
- Grundsätze der Finanzierung, die Gewähr leisten, dass die Betriebe und Verwaltungen ihre Verantwortung für die Bereitstellung eines ausreichenden und qualitativ hochwertigen Ausbildungsplatzangebots wahrnehmen; im Zusammenhang mit wachsender außerbetrieblicher Ausbildung wird ein Umlage- oder Fondsmodell dringlicher denn je;
- eltern- und partnerunabhängige Existenzsicherung aller Auszubildenden, Ausschluss von Schulgeld;
- Festlegungen, die die Verantwortung für die Ausbildung vor Ort auf der Basis des Konsensprinzips regeln; bessere Mitwirkungsmöglichkeiten der Berufsschulen und der Auszubildenden (Demokratisierung der Kammern, gegebenenfalls in dieser Funktion ihre Ersetzung durch andere demokratisch verfasste Gremien);
- Veränderung der Prüfungen: in Anpassung an die Modernisierung der Ausbildungsordnungen, ausgerichtet auf die Komplexität der späteren beruflichen Tätigkeit, stärker ausbildungsbegleitend (Wegfall der Zwischenprüfung); Einbeziehung der betrieblichen und berufsschulischen Leistungen in das Abschlusszeugnis;
- Aufnahme der Berufsausbildungsvorbereitung in das BBiG;

- Weitestmögliche Integration von Jugendlichen mit Behinderungen in die allgemeinen Ausbildungsgänge nach jetzigem § 25 BBiG;
- keine Schlechterstellung der volljährigen Auszubildenden im Vergleich zu den anderen;
- Verzahnung von beruflicher Erstausbildung, Weiterbildung und akademischer Ausbildung (vor allem hinsichtlich Vergleichbarkeit, Gleichwertigkeit und Durchlässigkeit);
- Regelungen, die die Anschlussfähigkeit unserer beruflichen Ausbildung im Rahmen der EU sichern.

BWP: ES BESTEHT ALLGEMEINER KONSENS DARÜBER, DASS QUALITÄTSSICHERUNG UND TRANSPARENZ IN DER BERUFLICHEN WEITERBILDUNG IN DEUTSCHLAND VERBESSERT WERDEN MÜSSEN. KANN NACH IHRER AUFFASSUNG DIE GEPLANTE STIFTUNG BILDUNGSTEST DIESE AUFGABE LÖSEN, UND WIE SOLLTE SIE ORGANISIERT SEIN?

SPD

Zunächst möchte ich feststellen, dass die Durchführung von Bildungstests andere Aktivitäten eines notwendigen Qualitätssicherungssystems nicht ersetzt. Durch Maßnahmen wie Checklisten, Gütesiegel u. a. wird kritisches Verbraucherverhalten gefördert und die Qualitätssicherung der Weiterbildungsanbieter unterstützt. Die vom BMBF geförderte dreieinhalbjährige Erprobungsphase von unabhängigen Bildungstests bei der Stiftung Warentest wird reichhaltige Erfahrungen mit Weiterbildungstests bringen. Ob diese Tests längerfristig auf den Aufbau einer Stiftung Bildungstest hinauslaufen, in der auch andere Teile des Bildungswesens qualitativ überprüft werden, ist eine politische Entscheidung, die im Augenblick offen ist, und die auch vom Konsens von Bund und Ländern getragen sein müsste. Der Bund hat angeboten, sich daran zu beteiligen. Die Stiftung Bildungstest kann sicher die Qualitätsprobleme im Bildungswesen allein

nicht lösen, könnte aber ein wichtiges und notwendiges Element im Rahmen eines Qualitätssicherungssystems werden.

von uns geforderten Ausbildungspasses dokumentiert werden. So wird die lebensbegleitende Weiterbildung sichtbar zu einem Bestandteil der beruflichen Qualifizierung.

CDU/CSU

Ein Bildungstest, wenn er denn durchgeführt werden soll, muss als Maßstab die realen Anforderungen in der Praxis und der betrieblichen Arbeit mehr oder weniger im Sinn haben. Oft wird er nur Grundkenntnisse eines Berufs betreffen können. Hinter einem Tischler können sich z. B. weit gehende Spezialisierungen verbergen, in Abhängigkeit davon, ob er in einer Fabrik mit Fließbandproduktion, in einem kleineren Betrieb mit auftragsabhängiger Produktion, im Stuhlbau usw. arbeitet. Entsprechend unterscheiden sich die betrieblichen praktischen und theoretischen Anforderungen, mitunter sogar mit regionaler Spezifikation. Eine Stiftung Bildungstest in der dualen beruflichen Bildung muss also sicher sehr sorgfältig geprüft und passfähig gemacht werden, wenn man nicht gleich eine Einschränkung auf die weniger typische außerbetriebliche Ausbildung oder bestimmte eher allgemeiner orientierter Berufe (z. B. Bürofachkraft) vorgeben will. Ich würde das eigentlich zuerst am konkreten Beispiel diskutieren und prüfen, ehe ich pauschal alle Berufe damit beglücke.

PDS

Mit der geplanten Stiftung Bildungstest wird die Auffassung, dass Bildung vornehmlich eine Ware sei, „konsequent“ auf die Kontrolle der Bildungsqualität übertragen. Die PDS ist jedoch strikt gegen die Einbeziehung der Bildung in das WTO-Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) und demzufolge auch gegen eine Qualitätskontrolle, die sich davon herleitet. Qualitätskriterien, die die Bildung hinsichtlich ihrer Funktion für die Persönlichkeitsentwicklung und ihrer sozialen Integrations- und Brückenfunktion nicht erfassen, würden den ohnehin zu beobachtenden Trend unterstützen, die Weiterbildung immer einseitiger auf ihre unmittelbare berufliche Verwertbarkeit zu beschränken. Und selbst in dieser Verengung könnte die stichprobenartige Vorgehensweise der Stiftung nicht das leisten, was nötig ist: eine kontinuierliche Qualitätsüberprüfung aller Weiterbildungseinrichtungen anhand bestimmter verbindlicher Qualitätsstandards. Qualitätsbestimmung und -kontrolle muss als ein zentraler Bestandteil der öffentlichen Verantwortung für die Weiterbildung entwickelt werden.

Unser Weiterbildungsantrag enthält dazu einen auf die Regionen bezogenen Vorschlag.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für das weitere Fortbestehen der pluralen Weiterbildungslandschaft ein. Sie sichert den Bildungsteilnehmern ein breites Angebot unterschiedlicher Bildungsinhalte und -methoden. Die Qualitätssicherung in der Weiterbildung muss allerdings verbessert werden. Derzeit sind die Bürgerinnen und Bürger mit einem regelrechten „Wildwuchs“ konfrontiert. Bündnis 90/Die Grünen sehen es als staatliche Aufgabe an, Transparenz und Qualitätssicherung zu gewährleisten. Das geeignete Instrument hierzu ist für uns der Ausbau der Stiftung Warentest um eine Abteilung Stiftung Bildungstest. Diese soll Kriterien zur Qualitätsüberprüfung aufstellen und die einzelnen Anbieter überprüfen und darüber hinaus Qualitätssiegel vergeben.

BWP: WELCHES SIND DIE SCHWERPUNKTE AUS DER SICHT IHRER BUNDESTAGSFRAKTION IM BEREICH DER BERUFLICHEN AUS- UND WEITERBILDUNG, WENN SIE NACH DER BUNDESTAGSWAHL REGIERUNGSVERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN?

FDP

Die FDP spricht sich für die Einrichtung einer „Stiftung Bildungstest“ ähnlich der Stiftung Warentest aus. Die Stiftung muss von staatlichen Vorgaben unabhängig sein und international mit anderen Einrichtungen zusammenarbeiten. Die Stiftung kann einen wichtigen Beitrag zur Transparenz von Bildungsangeboten leisten, aber nicht von sich aus die Qualität verbessern. Das müssen die Bildungsträger tun, die verpflichtet werden sollen, Systeme freiwilliger Zertifizierung zu schaffen. Für Teilnehmer an Weiterbildung sollen die Bildungs- und Weiterbildungsschritte in standardisierter Form auf freiwilliger Basis im Rahmen des

SPD

Das Festhalten am Ausbildungskonsens im Bündnis für Arbeit ist für uns ein wesentlicher Schwerpunkt, nicht zuletzt auch, um Tendenzen eines Rückzuges der Wirtschaft aus der Ausbildungsverpflichtung entgegenzuwirken.

Wir werden uns für die Beibehaltung der Bundeseinheitlichkeit der beruflichen Bildung einsetzen und keine Aufweichung dieses Konzeptes durch Basisberufe, die nur einen Teil der Ausbildungszeit umfassen, hinnehmen.

Wir werden weiter konsequent die Ausbildungsordnungen bestehender Berufe modernisieren und sie den Anforderungen der Wirtschaft entsprechend gestalten und weiterhin neue Berufe in Zukunftsfeldern schaffen.

Die Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher hat für uns einen hohen Stellenwert. Die Zertifizierung von Qualifi-

zierungen, die insbesondere während einer Berufsvorbereitung erworben werden, kann lernschwachen Jugendlichen den Zugang zur Berufsausbildung erleichtern. Solche „Teilqualifizierungen“ müssen Teil vollwertiger Berufe sein, dürfen diese jedoch nicht ersetzen. Ein solcher Ansatz ist im BQF-Programm der Bundesregierung „Kompetenzen fördern – Berufliche Qualifizierung für Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf“ enthalten, das mit einem Etat von 53,7 Mio. € von 2001 bis 2005 Jugendlichen helfen soll, die alleine nicht ihren Weg in Ausbildung und Beruf finden. Fördermaßnahmen für ausländische Jugendliche mit Qualifizierungsdefiziten werden dazugehören.

Unser Ziel ist es, auch die Begabungen und Fähigkeiten von Frauen und Mädchen besser zu fördern und Chancengleichheit herzustellen; z.B. soll der Anteil von Frauen und Mädchen in Aus- und Weiterbildung in den modernen IuK-Ausbildungsgängen deutlich erhöht werden.

In der nächsten Legislaturperiode wird die Arbeit der Expertenkommission zur Finanzierung des lebenslangen Lernens auch in Fragen der Bildungsförderung Antworten auf anstehende Fragen geben. Neue Formen der Weiterbildungsförderung (Bildungssparen, Bildungsgutscheine) müssen die staatliche Finanzierung der Weiterbildungsanbieter in öffentlicher Trägerschaft (Weiterbildungsgesetze) ergänzen.

Gleichzeitig muss das System der Weiterbildung selbst ausgestaltet werden. Darunter verstehen wir nicht in erster Linie staatliche Regulierung. Der Staat muss allerdings die Rahmenbedingungen schaffen, damit Transparenz geschaffen und Qualität gesichert werden und der Zugang für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleistet wird.

Die Tarifparteien und die Betriebe stellen mit einschlägigen Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen den Ausbau der betrieblichen Weiterbildung sicher.

Ein Schwerpunkt mit steigender Bedeutung sind Fragen der Verknüpfung von beruflicher Aus- und Weiterbildung. Die neue Fortbildungsverordnung des BMBF für den IT-Bereich ist z.B. ein innovatives Beispiel für die bessere Verknüpfung von Aus- und Weiterbildung und eröffnet berufliche Perspektiven, die bislang überwiegend Hochschulabsolventen vorbehalten waren und kann auch zu mehr Durchlässigkeit im Hinblick für die Aufnahme eines Hochschulstudiums führen.

CDU/CSU

Weiterbildung muss für die Interessenten nützlich, passfähig, finanziert und durchführbar sein. Im Ergebnis der Weiterbildung muss eine zertifizierbare Leistungsfähigkeit nachgewiesen werden. Darum sollten die o.g. Module der Weiterbildung dienen. Definierte Start-Ziel-Bedingungen für Module und Weiterbildungsmaßnahmen müssen deren Nutzbarkeit erkennen lassen, die auch Grundlage für eine Förderfähigkeit sein können (s. a. Artikel unter Frage 2).

Neben den Kommunen sollten Berufsakademien, Fachschulen und freie Leistungsträger mit nachgewiesener Kompetenz an praxisorientierter Weiterbildung Angebote unterbreiten.

Dies gilt entsprechend für Arbeitskräfte, die nach dem Berufseinstieg ohne Abschluss, einfache Qualifizierungen nachholen wollen. Damit kann für jeden und jede seine bzw. ihre Chance beschrieben und realisiert werden. Der Aufstiegsfortbildung bzw. Meisterausbildung muss – auch im Interesse entstehender Lehrstellen im dualen Berufsbildungssystem besondere Zuwendung zuteil werden. Frauen ist nach einer Berufspause bzw. der Kinderphase der berufliche Wiedereinstieg – auch auf höherem Niveau – merklich zu erleichtern.

Die neuen Bundesländer bedürfen in und nach der Zeit der Deindustrialisierung ebenso wie die leistungsfähigen und -willigen älteren Arbeitnehmer einer wirksamen logistischen Unterstützung.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Einbinden aller Teile des Bildungssystems in den Kontext des lebensbegleitenden Lernens

Das Prinzip des „Lernens auf Vorrat“ und in bestimmten Altersstufen ist mit der Wissensgesellschaft nicht kompatibel. Wir müssen uns endlich von der Idee der Ausbildung und dem Lebensberuf verabschieden. Deshalb ist es wichtig, alle Bestandteile des Bildungssystems miteinander kompatibel zu gestalten und Übergänge an allen Stufen zu ermöglichen. Wichtige Handlungsfelder sind hier die Verzahnung von Erstausbildung und Weiterbildung und die bessere Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Bestandteilen des Bildungssystems über die gegenseitige Anerkennung der Abschlüsse sowie anerkannte Leistungsstandards.

In der laufenden Wahlperiode haben wir uns bereits für die Einrichtung einer Kommission zur Finanzierung des lebensbegleitenden Lernens eingesetzt. Aufbauend auf deren Ergebnissen werden wir weiterarbeiten.

- Reform der beruflichen Erstausbildung

Die berufliche Erstausbildung muss stärker Schlüsselkompetenzen vermitteln, dazu müssen sich Aufgabe und Stellenwert der Berufsschule erhöhen. Sie hat die Aufgabe, die theoretischen Grundlagen zu legen, übergreifende Themenkomplexe zu behandeln, Allgemeinwissen und Methodenkompetenz zu vermitteln und insgesamt das Lernen des Lernens weiter zu unterstützen.

Insgesamt halten wir die stärkere Modularisierung der Aus- und Weiterbildung für einen viel versprechenden Ansatz. Module sind Qualifikationsbausteine, die in konzentrierten Lernphasen erworben und einem oder mehreren Berufsbildern zugeordnet werden können. Gerade in der beruflichen Weiterbildung ermöglichen Module die gezielte Fortbildung von Mitarbeiter/-innen. Für die Zielgruppe der Benachteiligten erleichtern modulare Bildungsangebote die Verknüpfung von Berufsvorbereitung und Berufsausbildung. Ausbildungsabbrecher können ihre bereits erworbenen Qualifikationen in einem zweiten Anlauf mit einbringen.

Bündnis 90/Die Grünen wollen verhindern, dass es zu einer „wilden“ Modularisierung ohne Qualitätssicherung und zu ei-



ner weiteren Erosion des dualen Systems kommt. Um zu vermeiden, dass durch die Hintertür die Berufe minderer Qualität entstehen, muss geklärt werden, welche Module jeweils die Voraussetzung für einen vollwertigen Berufsabschluss bilden.

- Integration von Migrantinnen und Migranten
- Aus- und Weiterbildung als integraler Bestandteil der aktiven Arbeitsmarktpolitik

Mit dem Job-Aktiv-Gesetz wurden die Bedingungen für präventive Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik deutlich verbessert. Es wurden neue Elemente der Aus- und Weiterbildung – möglichst betriebsnah – etabliert. Zu nennen sind die Job-Rotation, die bessere Einbeziehung Älterer in Qualifizierungsmaßnahmen und spezielle Programme für Ungelernte und Geringqualifizierte.

Deutliche Signale hat auch die Erhöhung des sog. Meister-BAföGs gesetzt. Die Verbesserung der Bedingungen für Existenzgründer, die Vereinfachung des Verfahrens und das Anheben der Unterhaltssätze zeigen, dass Qualifizierung der rot-grünen Regierung viel Wert ist.

Hier müssen wir noch weitergehen. Weiterbildung darf nicht erst dann möglich sein, wenn jemand bereits arbeitslos ist. Weiterbildung kann in Zukunft auch nicht mehr allein die vertikale Weiterqualifizierung bedeuten. Ziel muss es sein, dass sich Menschen frühzeitig qualifizieren, um nicht arbeitslos zu werden und auch die Möglichkeit bekommen, sich beruflich umzuorientieren. Nicht jeder Schuster muss bis zur Rente bei seinen Leisten bleiben.

- Verstärkung der Lernortkooperation

Viele Betriebe sind so hoch spezialisiert, dass sie nicht mehr in der Lage sind, den Ansprüchen einer vollständigen und breit angelegten Berufsausbildung gerecht zu werden. Die Kooperation von Lernorten kann sicherstellen, dass die knappe Ressource „Lernort Betrieb“ optimal genutzt wird. Dazu gehört auch die Förderung von Verbundlösungen unter Nutzung weiterer Lernorte – wie z. B. andere Betriebe, überbetriebliche und außerbetriebliche Ausbildungsstätten sowie berufliche Schulen.

Ebenso vernetzt werden sollen die Lernorte Berufsschule, Hochschule, Volkshochschule und sonstige Weiterbildungsin-

träger. Beispieldhaft hierfür ist das von der rot-grünen Bundesregierung geförderte Projekt „Lernende Regionen“, welches die Vernetzung von Bildungseinrichtungen fördert.

- Internationalisierung der beruflichen Bildung und Verwirklichung eines europäischen Berufsbildungsraums.

FDP

Wir haben schon im Mai 2001 ein umfangreiches Konzept zur beruflichen Bildung vorgelegt (LE-GO = Learn and Go). Lernzielkataloge sollen flexible Rahmenbedingungen für die Vermittlung von typischen Tätigkeitsfeldern schaffen. Die FDP schlägt eine Differenzierung und Verkürzung, in besonderen Situationen eine Verlängerung der Ausbildungszeiten vor. Diese Ausbildungszeiten setzen bausteinartige Ausbildungsangebote voraus. Fachliche Qualifikation wird ergänzt durch Vermittlung von Sozial- und Methodenkompetenzen. Verschiedene Ausbildungsabschnitte wie Pflicht-, Wahlpflicht- und Wahlmodule können – auch zeitlich unabhängig voneinander – vermittelt werden. Wenn mithilfe von LE-GO einzelne Ausbildungsabschnitte geprüft und bewertet werden, hat auch der Ausbildungsabbrecher eine Chance, später seine Ausbildung zu komplettieren. Dieses Modell bietet auch Chancen für die Internationalisierung der Ausbildung, wenn z. B. einzelne Module im Ausland oder in einer Fremdsprache angeboten werden.

Die FDP will einen Euro-Ausbildungspass einführen, in dem einzelne Ausbildungsabschnitte als Teilkompetenzen ausgewiesen werden. Dadurch wird der Ausbildungsstand ersichtlich und die Ausbildung kann leichter auch an mehreren Ausbildungsstätten oder virtuell durchgeführt werden. Für die Erlangung eines vollwertigen Berufsabschlusses genügen jedoch nicht einzelne Ausbildungsbasteine.

Staatliche Berufsschulen müssen für den Wettbewerb mit privaten Berufsschulen und freien Trägern fit gemacht werden. Sie brauchen mehr Eigenverantwortung und sollen auch verstärkt als Träger der Weiterbildung auftreten. Dem sich abzeichnenden Mangel an Berufsschullehrern muss durch eine Überarbeitung der Ausbildungs- und Studienordnungen entgegengetreten werden. Auch in betriebswirtschaftlichen und ingenieurwissenschaftlichen Disziplinen muss die Ausbildung von Berufsschullehrern bundesweit möglich sein. Berufsbegleitende Studiengänge für praxiserfahrene Ingenieure wären geeignet, die Fachkräfte auch für eine Lehrertätigkeit an beruflichen Schulen vorzubereiten.

Die integrative Beschulung und Unterrichtung behinderter Menschen soll auch in die weiterführenden und berufsbildenden Schulen ausgeweitet werden. Die FDP spricht sich dagegen aus, aufgrund von Kostendruck Bildungs- und Fördereinrichtungen für Behinderte in Pflegeeinrichtungen umzuwandeln.

PDS

Die PDS schließt eine Regierungsbeteiligung nach der nächsten Bundestagswahl aus.